

Königsberger Hartungsche Zeitung

Die Königsberger Hartungsche Zeitung erscheint täglich zweimal als Morgen- und Abendblatt. Bezugspreis in Königsberg bei Abholung monatlich 2.80 M., wöchentlich 65 Pf. frei Haus monatlich 3 M., durch die Post monatlich 3 M., Einzelblätter 10 Pf.

Anzeigenpreis 25 Pf. für die erstmalig gespaltene Kolonelleiste, 130 M. für Reklamen. Kleine Anzeigen aus Stadt und Provinz 20 Pf. die Zeile, aus dem Reich 30 Pf. die Zeile. Bei Sammelanzeigen und Auslandsaufträgen werden Preiszuschläge erhoben. Wiederholungsrabatte nach Tarif.

Fernsprecher Nr. 3, 56, 1011, 3307, 7883. — Berliner Vertretung: Berlin SW. 68, Kochstraße 22. (Fernruf: Dönhofs 3686-3695). — Postscheknummern Nr. Königsberg Pr.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Königsberg, Münchenhof.

Der Kampf um die Gessel Noch sind sie leer

Ausfaten der Deutschnationalen

(Eigene Dringung der „Hartungischen Zeitung“.)
z. Berlin, 27. Januar. Die Nachricht, daß die Demokraten bejohlig haben, sich an der Regierungsbildung nicht zu beteiligen, wird in deutschnationalen Kreisen mit einem hörbaren Ansturm der Erleichterung aufgenommen. Der „demokratische Alptrud“ ist von den Deutschnationalen gewohnt. Allein mit dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei gelassen, hoffen sie ihre personellen Wünsche bei der Kabinettsbildung leichter durchsetzen zu können. Das tröstet die Deutschnationalen sogar über den schweren Schlag, den für sie die vorzeitige Veröffentlichung der Richtlinien des neuen Regierungsprogramms bedeutet hat. Voll Zuversicht stellt der „Lokalanzeiger“ fest: „Die Demos“ wollen nicht mitteln. Das erleichtert die Verhandlungen über die Personalfrage.“ Auch die „Deutsche Tageszeitung“ gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Bahn für eine schnelle Zusammenziehung der Regierung nunmehr völlig frei ist.

Trotz der Gewissheit, daß der Wählung des neuen Kabinetts keine ernstlichen Gefahren mehr drohen, will man auf deutschnationaler Seite manches, was in den letzten Tagen passiert ist, nicht wahr haben. Die Richtigkeit der veröffentlichten Richtlinien wird übrigens von keinem deutschnationalen Blatte gelugnet und nur die rechtsradikale „Deutsche Zeitung“ gibt sich aus agitatorischen Gründen den Anschein, als ob ein so weitgehender Umsturz der Deutschnationalen nicht glaubhaft wäre. Die offiziellen Zeitungen der Deutschnationalen Volkspartei, wie die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“, haben dagegen ihrer Leserlichkeit den Inhalt der Richtlinien noch immer schamhaft zu verschleiern und spezieren dafür mit gespaltener Entrüstung mit dem Worte „Jubelaktion“. Die „Deutsche Tageszeitung“ findet die salomonische Deutung, die Formulierung eines Programms für die Tätigkeit der Regierung soll durchaus kein Zwang für die Vertragspartner zur Aufgabe ihrer Parteiprogramme und Parteiprinzipien bedeuten.

Im übrigen steht auch das neue Bürgerblock-Kabinetts im Reichstage auf recht schwachen Füßen. Das dritte deutschnational geführte Kabinetts-Max wird insgesamt nur über 298 Stimmen im Reichstage verfügen (Deutschnationalen 110, Zentrum 68, Deutsche Volkspartei 51, Bayerische Volkspartei 19). Da der Reichstag 493 Mitglieder zählt, ergibt sich also, daß die neue Regierung in Wirklichkeit nur eine Mehrheit von 3 Stimmen aufzuweisen hat. Die neue Regierungskoalition rechnet zwar auf die Unterstützung der 21 Wirtschaftsparteiler, aber die Wirtschaftspartei, die zwar wohlwollende Neutralität zugeht hat, ist bei ihrer heterogenen Zusammenziehung ein sehr unsicherer Faktor, zumal sie in gewissen Fragen, namentlich, was die Außenpolitik anbelangt, im ausgesprochenen Gegensatz zu den Richtlinien des Regierungsprogramms steht. Die vom Reichspräsidenten in seinem Brief an Marx gewünschte sichere Mehrheit durch den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung ist also kaum zustande gekommen.

Die Verteilung der Ministerfüge

Als Anwärter für den Vizekanzlerposten gilt Abg. Wallraf. Den Demokraten ist für den Fall ihres Eintritts — es ist immer zu berücksichtigen, daß diese Ministerliste von rechtsstehenden Kreisen aufgestellt worden ist — das Justizministerium vorbehalten, eventuell Dr. Reinhold als Finanzminister.

Die Deutsche Volkspartei, die den Verkehrsminister ohne opfern soll, würde Auswärtiges und Wirtschaftsministerium behalten, die Bayerische Volkspartei das Postministerium mit Stögl. Das Zentrum würde neben dem Kanzler und dem Arbeitsminister die besetzten Gebiete behalten, eventuell, wenn Dr. Reinhold ausscheidet, auch das Finanzministerium, für das es den bairischen Finanzminister Köhler in Aussicht genommen hat.

Für das Reichswehrministerium scheint immer noch Dr. Gehler in Aussicht genommen zu sein.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man, wie das VbZ-Hiro hört, damit, daß nach heute abend das neue Kabinetts anstehen wird. Die letzte Entscheidung über die Besetzung der einzelnen Ressorts dürfte in den für heute abend einkommenden Fraktionsführungen des Zentrums und der Deutschnationalen fallen, die sich vielleicht bis Mitternacht ausdehnen. Bisher werden folgende Namen genannt: Zentrum: Reichskanzler Dr. Marx, Reichsfinanzminister: Vorüberlicher Staatspräsident Dr. Köhler, Arbeitsminister: Dr. Braun, besetzte Gebiete: Dr. Bell, Deutschnationalen: Justiz: Graf Lühringen oder Dr. von Dröbner; Inneres: von Lindener-Wildau, Ernährung und Landwirtschaft: Schiele oder Freiherr von Stauffenberg, Verkehr: Dr. h. c. Koch; Deutsche Volkspartei: Außenminister: Dr. Stresemann, Wirtschaftsminister: Dr. Curtius, Reichspostminister: Stögl, Bayerische Volkspartei, dürfte im Amte bleiben, ebenso Reichswehrminister Dr. Gehler.

Diese jetzt in den Wandelgängen besprochenen Ministerliste kann natürlich noch nicht als authentisch gelten.

Künftig wird gemeldet...

w. Berlin, 27. Januar. Ueber die Verhandlungen vom Donnerstag wird von zuständiger Seite folgende Mitteilung ausgegeben: Heute vormittag wurden vom Reichskanzler die Besprechungen mit den Parteiführern der an der Regierungsbildung beteiligten Parteien fortgesetzt. Gleichzeitig verhandelten an jenem Nachmittage der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und Reichsarbeitsminister Dr. Braun mit Vertretern der anderen Parteien über die Grundlagen des Wirtschafts- und Sozialprogramms der künftigen Regierung. Nachdem die Stellungnahme der demokratischen Fraktion am Nachmittag erfolgt war, wurde die Aussprache beim Reichskanzler, insbesondere in Personalfragen, wieder aufgenommen, die bis in die späten Nachmittagsstunden andauerte.

Die Verhandlungen unterbrochen

(Eigene Dringung der „Hartungischen Zeitung“.)
z. Berlin, 27. Januar. Um 10 Uhr abends sind die Verhandlungen unter den Koalitionsparteien wegen der Verteilung der einzelnen Ministerfüge abgebrochen worden, obwohl Marx die Absicht hatte, sein neues Kabinetts bereits morgen früh dem Reichspräsidenten vorzulegen. Diese Absicht ist an den Deutschnationalen gescheitert, die in ihrer heutigen Fraktionsführung zunächst ihren Unterhändlern Vorwürfe machten wegen der politischen Richtlinien und dann einen Vergleich saßen, der die bisherigen Verhandlungen mit dem Reichskanzler, wonach die Deutschnationalen vier Ministerien erhalten sollten, umstößt. Die deutschnationalen Fraktion verlangt jetzt auch das Reichsfinanzministerium für sich, das dem Zentrum erst zugesprochen worden war. Graf Westarp begab sich zum Reichskanzler und teilte ihm diese Forderung mit. Eine Entscheidung darüber war natürlich ohne Befragung der Zentrumsfraktion nicht möglich. Die Deutschnationalen hätten zwar gerne noch in diesen späten Stunden auf einen Beschluß des Zentrums gewartet, Dr. Marx erklärte aber, daß er nach den anstrengenden Verhandlungen des heutigen Tages nicht mehr in der Lage sei, noch länger auf Beschlüsse zu warten. Es wurden also die weiteren Verhandlungen auf morgen verlagert. Da die Zentrumsfraktion erst um 1 Uhr mittags zusammentritt, wird die Ministerliste wohl kaum vor Abend fertig sein.

Eine Erklärung der Demokraten

VbZ. Die demokratische Reichstagsfraktion veröffentlicht folgende Erklärung:
Die deutsche demokratische Fraktion behauptet, daß die Verhandlungen über eine Koalition der Mitte vom Reichskanzler Marx vorzeitig abgebrochen sind. Eine tragfähige Koalition der Mitte hätte sich auf Grund des Zentrumsmanteljahres bilden lassen. Sie ist ebenso wie die Große Koalition daran gescheitert, daß starke Kräfte unter Ablehnung aller anderen Möglichkeiten von vornherein auf die Rechtsregierung hingearbeitet haben.

Die Richtlinien, die mit den Deutschnationalen vereinbart worden sind, bedeuten eine völlige Preisgabe der bisherigen deutschnationalen Opposition gegen die Außenpolitik von Rathenau bis Stresemann. Innenpolitisch bedeutet sie, wenn sie auch hinter dem Zentrumsmantel zurückbleibt, eine Anerkennung der Republik und den Schluß ihrer Schwüle, während bisher der Staatsform und den Farben Schwarz-Rot-Gold der erbitterte Kampf der Deutschnationalen galt. Auf dem Gebiete einer Reform der Reichswehr werden weitgehende Versprechungen in unserem Sinne gemacht.

Dagegen weisen die ohne unsere Mitwirkung festgestellten Richtlinien auf dem Gebiete der Schule eine unerträgliche Einseitigkeit auf. Die Forderung vollständiger Gleichberechtigung der konfessionellen und der weltlichen Schule mit der Gemeindefreischule steht im Widerspruch mit der Reichsverfassung und den Erklärungen, die sämtliche Parteien der Weimarer Koalition zu dem Artikel 146 abgegeben haben. Weiter sieht die Fraktion einen besonders bedenklichen Mangel in dem Fehlen wirtschaftspolitischer Richtlinien. Aber überhaupt betrachtet die deutsche demokratische Fraktion den Wert solcher Richtlinien als problematisch, wenn die Zusammenziehung der Regierung nicht die Gewähr für eine gute Durchführung gibt. Diese Gewähr ist nicht in einem Kabinetts zu erblicken, in dem Männer eine führende Stellung haben, deren heutige Worte mit ihren Taten und Worten von gestern in unlösbarem Widerspruch stehen.

Die Fraktion glaubt deshalb in der Opposition mit besserem Erfolge für die Erfüllung der in den Richtlinien gegebenen Versprechungen für die Wahrung der deutschen Wesensfreiheit und für die Sicherung einer gesunden Wirtschafts- und Finanzpolitik und einer gerechten Steuerpolitik wirken zu können.

Die Rechtsregierung

Dr. Königsberg, am 27. Januar.

Die Rechtsregierung ist fertig. Trotz des Geschreis über die „Jubelaktion“ der inoffiziellen Veröffentlichung der Richtlinien, die als Grundlage des Regierungsprogramms dienen sollen, hat die Deutschnationalen Volkspartei sich damit abgefunden, daß ihren Anhängern etwas plöcklich ein Licht darüber aufgedeckt wurde, daß selbst Ministerfüge in der deutschen Republik „eine Messe wert“ sind. Die Drohung, daß durch die Veröffentlichung der Richtlinien eine neue Lage geschaffen wäre, die zu Verhandlungen auf neuer Grundlage führen müßte, hat wohl ohnehin niemand ernst genommen, da ja von den beteiligten Verhandlungsparteien vor der Veröffentlichung am Mittwoch bereits das Zustandekommen der Vereinbarung urbi et orbi verkündet worden war. Wenn aber die Richtlinien von Deutschnationalen, Zentrum und Volkspartei mit der von Marx den Demokraten entgegengehaltenen Klausel „no varietur“ angenommen wurden, was konnte dann die Veröffentlichung an der tatsächlichen Uebereinstimmung noch ändern?

Tatsächlich hat man zugeben müssen, daß die Richtlinien richtig wiedergegeben sind. Das aber ist die Hauptfrage, die bei der Beurteilung dieses etwas komisch anmutenden Entrüstungssturmes ins Gewicht fällt. Freilich, so erklären die neuen Republikaner und Erfüllungspolitikler, existiert neben den Richtlinien noch ein Protokoll, das die einzelnen Punkte kommentiert, und dieses Protokoll ist in mystischer Dunkel gehüllt. Das Volk in seiner Gesamtheit soll offenbar noch nicht erfahren, wie sie die Richtlinien „aufpassen“.

Das ist es, was bedenklich stimmen könnte. Trotz der im bezug auf die Außen- und Innenpolitik unabwehrlichen Bestimmungen über die Reichswehr einwandfreien Richtlinien bleibt also, abgesehen von der Personalfrage, immer noch ein Grund zum Mißtrauen übrig, der, wie wir gestern schon andeuteten, durch die Verschwiegenheit der Auslegung der Verfassungsbestimmungen über das Reichsschulgesetz vermindert wird. Die Deutsche Demokratische Partei hat in der von den heutigen Regierungsparteien vereinbarten Formulierung der Richtlinien für das Reichsschulgesetz eine Verfassungswidrigkeit gesehen, da die gemeinsame Grundschule darin als Norm bestimmt, die Befreiung der Weltanschauungsschule nur zugelassen wird, „so weit hierdurch der geordnete Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird“. Die Deutsche Volkspartei scheint das Mißtrauen gegen das angeführte Schulgesetz nach den Versicherungen ihrer Presse zu teilen, wenn es offiziell von ihr auch nicht ausgesprochen wird, und ihr Wunsch, daß die Demokraten in die Regierung eintraten, entsprang wohl der Erkenntnis ihrer Isolierung in den kulturpolitischen Fragen. Wenn aber die Demokraten auch der Regierung nun nicht angehören, so unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß sie nach ihren Erklärungen auch als Oppositionspartei energisch für die Freiheit der Schule eintreten werden. Es wird also von der Sozialdemokratie und der Volkspartei abhängen, wie schließlich das angeführte Reichsschulgesetz aussieht und gestaltet wird.

Recht sonderbar berührt es, daß man die Mittelstandsfrage nicht in den Richtlinien, sondern angeblich im Protokoll behandelt hat. Wenn man die täglichen Versprechungen der Rechtspolitiker und der Rechtspresse dagegen hält, ist diese Annahme schwer zu verstehen.

Doch die Regierung ist nun gebildet und ihr Programm wird uns vielleicht am 3. Februar etwas ausführlicher sagen, was sie will. Sie wird einer scharfen Prüfung standhalten müssen und die Opposition wird eifrig darüber wachen, daß sie von den außen- und innenpolitischen Richtlinien nicht abweicht. Wir hätten es freilich lieber gesehen, wenn die in ihrer republikanischen Gesinnung weniger neuen Parteien die Regierung gebildet hätten und die Sozialdemokratie sich vielleicht heute schon bedauern, daß sie durch ihre verscheiterten Agitationserfolge bedenkliche Taktik die Krisenabsichten derer um Schulz und Westarp blindlings förderte und schließlich herbeiführte; doch mag auch diese Entwicklung notwendig gewesen sein, um einmal der Rechtskreise, die den großen Worten der Volkspartei und der Deutschnationalen gefolgt sind, zu zeigen, daß Regieren doch etwas anderes ist als Schwadronieren, und daß die bisher bekämpften republikanischen Richtlinien die einzigen waren und sind, mit denen sich regieren läßt.

Die Personalfrage ist der sachlichen gegenüber ziemlich nebensächlich. Ob die Deutschnationalen 3 oder 4 Ministerien besitzen und wieviel jeder der anderen Regierungsparteien zufallen, darüber mochten sie sich nicht streiten. Das war ihre Sache. Ob Herr v. Lindener-Wildau oder ein anderer Deutschnationaler an die Stelle von Külz tritt, will wenig bedeuten, ob Herr Schiele oder Herr v. Stauffenberg Ernährungsminister ist, bleibt Jodee wie Jodee, und ob Herr Graf von Dröbner Reichsjustizminister und Herr Koch (der deutschnationalen Koch) Verkehrsminister ist, der Geist bleibt der gleiche. Auch von den Zentrumspolitikern darf man das wohl sagen. Von ihnen und den Ministern, die bereits im Kabinetts saßen, sind Ueberraschungen nicht zu erwarten.

Der neue Rektor der Pariser Akademie
w. Paris, 27. Januar. An Stelle des verstorbenen Rektors der Akademie von Paris, Lapie, hat der Unterrichtsminister den bisherigen Rektor der Universität Straßburg, Charlot, ernannt.

26. Geld	26. Brief
1.739	1.743
58.62	58.76
81.133	81.333
4.214	4.224
0.493	0.499
158.39	158.81
38.62	38.76
11.133	11.333
10.595	10.683
18.10	18.14
112.24	112.52
107.67	107.95
16.86	16.70
15.476	15.516
81.133	81.333
68.94	69.12
112.45	112.73
73.71	73.86
59.46	59.60
2.54	2.96
46.98	47.22
—	—
—	—
—	—
46.70	47.24
46.66	47.14
41.09	41.51

17.	26
26	143
5.78	97.5
5.25	95.25
1.25	129.5
3.27	92
3.25	103.75
3.5	94
5.25	115.25
7	78
20	76
17.75	138.75
—	125.5
—	73
—	175
73.5	173.25
90	29.75
93	256.75
96	186
92.78	150
38.5	38.5
23.5	20.97
81	124
83	132
94	99
97.82	99
12.78	113
35	104
77.5	70
35	130
29	229
77	175
27	165
29	176.75
29	127.5
19.5	116.5
70.5	71
10	109
80	80
99	99
99	93.5
99	108
99	142.5
92	97.97
74	73
155	150
129.25	129.25
140.5	140
21	51
65.5	66.75
88	84
174.87	175.25
130	125
84.78	84
79.75	79
129	129
129	129
158.87	158.83
102.2	—
82	82
86	86

